

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 06.02.2008

N i e d e r s c h r i f t

der 12. Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Kultur
am Donnerstag, dem 24.01.2008,
Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle, Berliner Platz 2, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 18:05 - 19:25 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Frau Ursula Bouffier

Herr Dieter Gail

Herr Axel Pfeffer

Frau Christine Wagener

Herr Carsten Zörb

Ausschussvorsitzender (beauftragt)

(in Vertretung für Stv. Losert)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Ika Veronika Bordasch

Herr Dieter Geißler

Frau Dr. Ulrike Krautheim

Herr Mehmet Tanriverdi

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Edith Nürnberger

(in Vertretung für Stv. Kolkhorst)

(in Vertretung für Stv. Lehne)

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Harald Scherer

(in Vertretung für Stv. Greilich)

Stadtverordnete der Die Linke-Fraktion:

Herr Prof. Dr. Aris Christidis

Vom Magistrat:

Herr Dr. Volker Kölb

Stadtrat

Herr Dr. Reinhard Kaufmann

Stadtrat

Von der Verwaltung:

Herr Folkert Sauer

Leiter des Schulverwaltungsamtes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Zuschüsse für Gedenkstättenfahrten **STV/1491/2008** - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 14.01.2008 -

Antrag:

Zur Förderung der Auseinandersetzung junger Menschen mit dem Holocaust wird das Schulverwaltungsamt angehalten,

- die Schulen an die bisher ungenügend genutzte Möglichkeit der Bezuschussung zu erinnern und
- soweit wie möglich in Erfahrung zu bringen, welche Aspekte bisher Schulklassen veranlassten bzw. davon abbrachten, Gedenkstättenfahrten zu veranstalten.

Stv. Christidis, Die Linke.Fraktion, spricht zur Antragsbegründung.

Stv. Wagener, CDU-Fraktion plädiert für die Eigenverantwortung der Schulen. Sie möchte nicht in deren Autonomie eingreifen.

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, führt aus, sie fasse den Antrag so auf, dass die Schulen lediglich auf die bereits seit geraumer Zeit bestehende Möglichkeit, Fördermittel zu beantragen, hingewiesen werden sollen. Tatsache sei, dass nicht alle Lehrer diese Möglichkeit kennen. Sie sehe hier keinen Eingriff in die Selbständigkeit der Schulen. Am sinnvollsten sei es, wenn dieser Hinweis durch das Schulverwaltungsamt erfolge.

Stv. Geißler, SPD-Fraktion, schließt sich der Auffassung von Stv. Dr. Krautheim an.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion erklärt, er gehe davon aus, dass ein gewisses Maß an politischer Verantwortung und politischem Bewusstsein bei jedem Lehrer vorhanden sei. Er halte einen solchen Hinweis nicht für notwendig.

Stv. Christidis betont, seine Fraktion habe mit diesem Antrag keinen Eingriff in die Autonomie der einzelnen Schulen beabsichtigt. Es solle lediglich einen Hinweis auf die bisher wenig abgerufenen Fördermittel geben.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

3. **Einrichtung einer eigenständigen Schulsozialarbeit
- Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2008 -**

STV/1495/2008

Antrag:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass an den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Gießen umgehend eine eigenständige Schulsozialarbeit aufgebaut wird.

Dabei sollen die Schulen, die an einer solchen Einrichtung interessiert sind, aufgefordert werden, gemeinsam mit Lehrerkollegien, Jugendhilfe, Schulpsychologen, freien Trägern der Stadt Gießen und ggf. mit wissenschaftlicher Begleitung umgehend und zeitnah ein Konzept auszuarbeiten, nach dem die sich anbahnende Jugendbandenproblematik an Gießener Schulen angegangen werden kann. Begonnen werden soll an der Schule, die die schlüssigste Konzeption vorgelegt hat.

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, führt aus, Anlass für diesen Antrag der SPD-Fraktion seien die die Vorfälle an der Pestalozzischule bzw. in deren Umfeld im Dezember vergangenen Jahres.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erklärt, auch die Koalitionsfraktionen haben sich zu diesem Thema Gedanken gemacht und einen Alternativantrag vorbereitet, **der wie folgt lautet:**

1. *Die bestehende Schulsozialarbeit im Sinne einer sozialpädagogischen Unterrichtsbegleitung wird weitergeführt und ausgebaut. Dazu erhält das Schulverwaltungsamt eine weitere halbe Stelle für Sozialarbeit sowie zusätzlich 25.000,- € zur Beauftragung freier Träger mit entsprechenden Aufgaben. Die Stelle wird befristet in den nachrichtlichen Teil des Stellenplans eingestellt, um kurzfristig reagieren zu können.*
2. *Der Magistrat wird aufgefordert, ein Handlungskonzept vorzulegen, wie die Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit, Regelschule, Schule für Erziehungshilfe, schulpsychologischen Dienst, Jugendamt und AGGAS besser verzahnt und koordiniert werden kann.*

Begründung:

Zu 1.: Immer stärker beeinflussen Defizite der sozialen Kompetenz und Schülerinnen und Schülern den Schulalltag. Deshalb brauchen Schulen Unterstützung neben ihrem allgemeinen Bildungsauftrag auch die sozialen Kompetenzen kompensatorisch zu verbessern. Dies ist eine Aufgabe der gesamten Schulgemeinde und sollte möglichst in einem eigenen Schulkonzept, das die jeweiligen Möglichkeiten und Kompetenzen der Schule, der Schülerinnen und Schüler sowie der Elternhäuser beschreibt und einbezieht, entwickelt werden. Schulsozialarbeit soll diesen Prozess unterstützen und begleiten, sie kann ihn nicht ersetzen.

Zu 2.: Die Erfahrungen mit besonders schwierigen Schülerinnen und Schülern, insbesondere vor dem Hintergrund der Geschehnisse an Gießener Schulen in den letzten Monaten, hat gezeigt, dass es nicht unbedingt das Ausmaß an pädagogischen und therapeutischen Hilfsangeboten ist, das fehlt, dass diese Maßnahmen aber noch

besser als bisher miteinander koordiniert und aufeinander bezogen werden müssen, um erfolgreich zu sein.

Nach ausführlicher Diskussion, an der sich die Stadtverordneten Grothe, Dr. Krautheim, Bordasch, Tanriverdi und Wagener beteiligen, schlägt **Stv. Geißler** vor, den Inhalt beider Anträge zusammenzufassen und zu beschließen.

Auf Antrag von **Stv. Grothe** wird die Sitzung von 19:05 bis 19:10 Uhr unterbrochen.

Stv. Dr. Krautheim, SPD-Fraktion, **beantragt, den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen um eine Ziffer 3 zu ergänzen, die wie folgt lautet:**

3. Die Schulen werden aufgefordert, auf der Grundlage ihrer spezifischen Situation unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen ein Konzept auszuarbeiten, das auf die anstehende Problematik eingeht.

Stv. Scherer, FDP-Fraktion, beantragt die absatzweise Abstimmung.

Beratungsergebnis:

- Ziffer 1 des Initiativantrages wird einstimmig zugestimmt.
- Ziffer 2 des Initiativantrages wird einstimmig zugestimmt.
- Der Ergänzung des Initiativantrages um die Ziffer 3 wird mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/SPD/GR/LINKE; Nein: FDP).

Die anwesenden Ausschussmitglieder sind sich darin einig, dass der ursprüngliche Antrag der SPD-Fraktion damit als erledigt anzusehen ist.

4. **Verschiedenes**

- **Stv. Geißler**, SPD-Fraktion, erkundigt sich, ob dem Magistrat bzw. dem Schulverwaltungsamt inzwischen die aktuellen Zahlen aus der Jahresstatistik vorliegen.

Herr Sauer, Leiter des Schulverwaltungsamtes, erklärt, es liegen diesbezüglich noch keine Zahlen aus Wiesbaden vor.

- **Stv. Dr. Krautheim**, SPD-Fraktion, bittet Stadtrat Dr. Kaufmann um Auskunft bezüglich der Wanderausstellung „Staaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“.

Stadtrat Dr. Kaufmann führt aus, er habe die Angelegenheit seinerzeit an die zuständige Amtsleitung weitergeleitet. Er sagt zu, sich dort nach dem Stand der Dinge zu erkundigen.

- **Stv. Tanriverdi**, SPD-Fraktion, bittet Stadtrat Dr. Kölb um einen kurzen Bericht über die derzeitige Situation an der Pestalozzischule (Beteiligung der AGGAS, Schulverweise, etc.):

Stadtrat Dr. Kölb erläutert, dass seines Wissen nach die AGGAS der Polizei (Arbeitsgemeinschaft gegen Gewalt an Schulen) nur tätig werde, wenn sich urplötzlich ein Konflikt in der Schule darstelle, der das Eingreifen der Polizei rechtfertige.

Die Pestalozzischule habe seiner Kenntnis nach das Staatliche Schulamt aufgefordert, bestimmte Schüler der Schule zu verweisen. Ob das Staatliche Schulamt inzwischen reagiert habe, entziehe sich jedoch seiner Kenntnis.

Herr Sauer, Schulverwaltungsamt, äußert, es gebe je drei beantragte und drei angedrohte Schulverweise. Die Entscheidung sei bisher noch nicht getroffen worden. Sie liege bei dem schulfachlichen Aufsichtsbeamten für die Pestalozzischule und dem für die Schule zuständigen Juristen.

Auf Nachfrage von **Stv. Tanriverdi** sagt **Herr Sauer**, dass bereits seit Beginn des Schuljahres ein Schulsozialarbeiter mit der betroffenen Gruppe an der Schule arbeite.

- **Stv. Christidis**, Fraktion Die Linke., richtet an Stadtrat Dr. Kölb die Frage, ob die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Auswahl der Schulbücher an den Gießener Schulen bestehe.

Stadtrat Dr. Kölb verneint dies. Es gebe eine Liste der vom Kultusministerium zugelassenen Schulbücher. Daraus könne jede Schule selbständig Bücher auswählen.

- **Herr Madjidian**, Ausländerbeirat, bittet bei der Erarbeitung des Handlungskonzeptes zum Thema Schulsozialarbeit auch den Ausländerbeirat und die Integrationsbeauftragte anzuhören.

Dies findet die allgemeine Zustimmung der Ausschussmitglieder.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) G a i l

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) B e n z